

93.3152

## Interpellation Vollmer

### Bundesrätliche Fernsehpolitik mit S plus

### Programme de télévision S plus.

### Politique du Conseil fédéral

#### Wortlaut der Interpellation vom 18. März 1993

1. In der SRG-Konzession vom 18. November 1992 schreibt der Bundesrat in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c die Organisation des Fernsehprogramms S plus bis ins Detail vor.

a. Wie verträgt sich diese Detailregelung mit der verfassungsmässig garantierten Staatsunabhängigkeit der Veranstalter?

b. Wie verträgt sich diese Detailregelung mit der gesetzlich fixierten Organisationsautonomie der SRG?

c. Wie verträgt sich diese Detailregelung mit dem im Gesetz festgeschriebenen sogenannten Vertragsmodell?

d. Wie verträgt sich diese Detailregelung mit dem vom Bundesrat immer wieder geforderten unternehmerischen Verhalten der SRG?

2. Von Seiten des Vorstehers des EVED wurde anlässlich der letzten Gebührenfestsetzung von einem S plus-Budget von bis zu 10 Millionen Franken gesprochen, was durch die SRG noch einigermassen zu finanzieren wäre.

Im Nationalrat sprach dann allerdings Bundespräsident Ogi am 2. März 1993 bereits von 20, 30, 40 Millionen Franken für S plus. Mit 10 Millionen Franken könne man dieses Programm nicht abspesen. Ist der Bundesrat bereit, die zusätzlichen Mittel über eine neue Gebühreanpassung zur Verfügung zu stellen? Oder wünscht er, dass sich die SRG verschuldet? Wünscht er, dass die SRG Abstriche bei anderen Programmen macht?

3. Inwieweit zwingt der Bundesrat mit seiner erwähnten Konzessionsvorschrift die SRG zu einer waghalsigen, ja abenteuerlichen Finanzpolitik, indem die SRG für S plus Investitionen tätigen und Vorleistungen erbringen muss, ohne mit einem Mittelrückfluss rechnen zu können?

4. Wie sieht der Bundesrat die Finanzierung der wichtigen und nötigen Weiterentwicklung der übrigen SRG-Fernsekanäle DRS, SR und SI, wenn heute alle Entwicklungsmittel in ein vom Bundesrat verordnetes neues Fernsehprogramm gesteckt werden müssen?

Wird er für diese Weiterentwicklung zusätzliche Gebühren bewilligen?

#### Texte de l'interpellation du 18 mars 1993

1. A l'article 1 alinéa 1 lettre c de la concession SSR du 18 novembre 1992, le Conseil fédéral fixe dans les détails l'organisation du programme de télévision S plus.

a. Cette réglementation détaillée est-elle compatible avec le principe, inscrit dans la constitution, qui garantit l'indépendance des diffuseurs par rapport à l'Etat?

b. Est-elle compatible avec l'autonomie d'organisation dont bénéficie la SSR en vertu de la loi?

c. Est-elle compatible avec le modèle contractuel fixé dans la loi?

d. Est-elle compatible avec les attentes du Conseil fédéral, qui voudrait que la SSR se comporte comme une entreprise?

2. Le chef du DFTCE, lors de la dernière fixation du montant des redevances, a parlé, au sujet de S plus, d'un budget maximum de 10 millions de francs, somme que la SSR devrait encore financer dans une certaine mesure.

Le 2 mars 1993, devant le Conseil national, M. Ogi a toutefois parlé de 20, 30 ou 40 millions de francs, précisant qu'on ne pouvait pas financer le programme S plus avec 10 millions de francs. Le Conseil fédéral est-il disposé à fournir la somme supplémentaire en adaptant, pour ce faire, le montant des redevances? Ou souhaite-t-il que la SSR s'endette? Souhaite-t-il que la SSR fasse des coupes dans d'autres programmes?

3. Dans quelle mesure le Conseil fédéral contraint-il la SSR, par la disposition de la concession mentionnée ci-dessus, à adopter une politique financière hasardeuse, voire aventureuse, en ce sens que la SSR doit faire des investissements et fournir des prestations préliminaires pour le programme S plus sans pouvoir escompter des rentrées d'argent en compensation?

4. Selon le Conseil fédéral, comment sera financé le développement ultérieur – aussi important que nécessaire – des autres chaînes de télévision de la SSR que sont la DRS, la TSR et la TSI, si tous les moyens doivent être consacrés à un nouveau programme de télévision dont la création a été décidée par le Conseil fédéral?

Le Conseil fédéral va-t-il autoriser la perception de redevances supplémentaires pour financer ces projets?

*Mitunterzeichner – Cosignataires:* Bäumlin, Bodenmann, Bundi, Caspar-Hutter, Danuser, Eggenberger, Fankhauser, von Felten, Goll, Gross Andreas, Haering Binder, Haller, Hämmerle, Ledergerber, Leemann, Leuenberger Ernst, Steiger, Strahm Rudolf, Tschäppät Alexander, Züger (20)

#### Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Der Urheber verzichtet auf eine Begründung und wünscht eine schriftliche Antwort.

#### Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates

vom 12. Mai 1993

#### Rapport écrit du Conseil fédéral

du 12 mai 1993

1a. Die neue SRG-Konzession schreibt lediglich vor, dass für das neue Programm eine unabhängige Direktion eingesetzt wird, welche direkt der SRG-Generaldirektion untersteht. Damit wird keineswegs die Staatsunabhängigkeit der SRG beeinträchtigt, sondern vielmehr der nationale Charakter von S plus betont.

1b. Die organisatorischen Strukturen eines jeden Radio- und Fernsehveranstalters sind ein Mittel zum Zweck, sie sollen optimale Voraussetzungen für die Erfüllung des programmlichen Leistungsauftrags schaffen. Auf dieses Ziel gerichtete Konzessionsbestimmungen sind gemäss Artikel 2 Absatz 2 der Radio- und Fernsehverordnung (RTVV) durchaus zulässig.

1c. Mit den Konzessionsbestimmungen über die programmliche Zusammenarbeit der SRG mit anderen konzessionierten Fernsehveranstaltern hat der Bundesrat genau das im RTVG verankerte Vertragsmodell in die Tat umgesetzt. So bedürfen die entsprechenden vertraglichen Abmachungen zwischen der SRG und den mit eigener Konzession ausgestatteten Partnern der Genehmigung durch den Bundesrat. S plus eröffnet privaten Interessenten die Chance, im Verbund mit der SRG und bei kalkulierbarem finanziellem Risiko Programmfenster zu gestalten.

1d. Die fraglichen Konzessionsbestimmungen regeln nicht Details, sondern die Grundzüge des Kooperationsmodells gemäss RTVG; sie lassen sowohl der SRG als auch ihren Partnern ausreichend unternehmerischen Freiraum. Die Etablierung einer internen Konkurrenz durch das neue Programm S plus wird die unternehmerische Neuorientierung der SRG geradezu fördern, da gezwungenermassen mit bescheidenen finanziellen Mitteln dem Zuschauer ein attraktives Zusatzangebot gemacht werden muss.

2. Dank positivem Rechnungsabschluss im vergangenen und einem budgetierten Ueberschuss im laufenden Jahr kann die SRG die Startphase von S plus finanzieren, ohne sich zu verschulden und ohne Abstriche an den für die sprachregionalen Programme eingeplanten Ressourcen. Mittel- bis längerfristig wird sich S plus wohl zu einem grossen Teil auch aus Werbe- und Sponsoringeinnahmen finanzieren können. Um die Kosten im Griff zu behalten, ist es wichtig, dass Synergien innerhalb der SRG genutzt werden, dass S plus also keine überflüssige Parallelinfrastruktur aufbaut. Es ist eine wichtige unternehmerische Führungsaufgabe der zentralen SRG-Leitung, allfällige Entwicklungen in diese Richtung rechtzeitig zu korrigieren.

3. Aus den unter Ziffer 2 dargelegten Gründen kann von einer «waghalsigen, ja abenteuerlichen Finanzpolitik» der SRG keine Rede sein. Die SRG und insbesondere die Direktion von S plus haben es in der Hand, dem Publikum ein attraktives zusätzliches Schweizer TV-Programm anzubieten; stellt sich der Erfolg auf dem Zuschauermarkt ein, dürften mittels Werbung und Sponsoring auch bedeutende zusätzliche Einnahmen möglich sein.

4. Der Bundesrat hat mit dem zusätzlichen TV-Programm weitgehend einem Begehren der SRG entsprochen; ist doch ein zusätzliches schweizerisches Angebot von strategischer Bedeutung, um gegen die übermächtige Konkurrenz ausländischer Programme auf Dauer bestehen zu können. Abgesehen davon, dass S plus keineswegs alle Entwicklungsmittel binden wird, soll dieses Programm nicht die bestehenden sprachregionalen Kanäle schwächen, sondern den nationalen Veranstalter SRG gegenüber der ausländischen Konkurrenz stärken. Ueber eine allfällige Anpassung der Gebühren befindet der Bundesrat in der Regel alle zwei Jahre; grundsätzlich steht für die Landesregierung ausser Frage, dass der SRG die für die Erfüllung ihres gesetzlichen Leistungsauftrags erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen.

**Präsident:** Der Interpellant ist von der Antwort des Bundesrates nicht befriedigt und verlangt Diskussion.

*Abstimmung – Vote*

Für den Antrag auf Diskussion	offensichtliche Mehrheit
Dagegen	Minderheit

*Verschoben – Renvoyé*

93.3171

## Interpellation von Felten

### «Briefpost 2000» und Frauendiskriminierung

### «Poste aux lettres 2000». Discrimination des femmes

*Wortlaut der Interpellation vom 19. März 1993*

Im Rahmen des Rationalisierungsprojekts «Briefpost 2000» werden bis 1996 nicht nur 100 Millionen Franken eingespart, sondern auch Hunderte von Stellen, insbesondere von Teilzeitarbeitsplätzen von Frauen, abgebaut sein. So zum Beispiel bei der PTT Basel, wo in einer Abteilung aus Spargründen bereits auf Anfang Februar 1993 alle von teilzeitarbeitenden Frauen besetzten Nachtdienst Arbeitsplätze aufgehoben werden. Bis Herbst können die betroffenen Frauen in normalen Tagschichten arbeiten; dann werden sie in einer anderen Abteilung in täglichen 3-Stunden-Schichten eingesetzt. Auch wenn es möglich ist, am Tag und zu diesen Bedingungen zu arbeiten, kann so kein existenzsicherndes Einkommen für sich und allenfalls für seine Kinder erarbeiten. Weder denjenigen noch diesen, die sowieso nur nachts arbeiten können, wurde bis heute eine ebenbürtige Arbeit innerhalb der PTT angeboten.

Die betroffenen Teilzeitsortiererinnen, die alle schon mehrere Jahre regelmässig bei den PTT arbeiten, sind den PTT-Personalvorschriften C6 unterstellt (Dienstverhältnis der PTT-Aushelfer). Diese entsprechen bezüglich Kündigungsfristen und -formen, Ferien und Krankenlohn nicht einmal den Mindestanforderungen des Obligationenrechts.

1. Welche Rationalisierungs- resp. Umstrukturierungsmassnahmen sind geplant? Inwiefern konkretisiert sich die Pressemeldung, wonach vor allem weibliches, unqualifiziertes Personal betroffen ist? Sind die PTT bestrebt, generell Teilzeitarbeitsplätze aufzuheben?

2. Ist sich der Bundesrat bewusst, dass diese Rationalisierungsmassnahmen, die überwiegend zu Lasten von Frauen gehen, einen Verstoß gegen Artikel 4 Absatz 2 der Bundesverfassung darstellen?

3. Ist der Bundesrat bereit, dafür zu sorgen, dass die geplanten Rationalisierungsmassnahmen vor dem Hintergrund von Artikel 4, Absatz 2 der Bundesverfassung überprüft werden und dass mit gezielten Massnahmen einer allfälligen Verfassungswidrigkeit entgegengewirkt wird?

4. Wie gross ist der Anteil Frauen und wieviele der Frauen sind bereits länger als drei Monate bei den PTT beschäftigt, die den Personalvorschriften C6 unterstellt sind?

5. Ist der Bundesrat bereit, die PTT zu veranlassen, – verfassungs- sowie gesetzeskonforme Vorschriften im Teilzeitbereich zu erlassen,

– die C6-Vorschriften aufzuheben oder mindestens arbeitsrechtliche Bedingungen zu schaffen, die dem Standard in der Privatwirtschaft entsprechen,

– dafür zu sorgen, dass die revidierten Vorschriften gesamtschweizerisch einheitlich zur Anwendung kommen?

*Texte de l'interpellation du 19 mars 1993*

Le projet de rationalisation «Poste aux lettres 2000» prévoit d'économiser 100 millions de francs d'ici à 1996, mais aussi de supprimer des centaines d'emplois, notamment des postes à temps partiel occupés par des femmes. Ainsi, les PTT de Bâle ont déjà supprimé dans un de leurs services, dès le mois de février 1993, pour des motifs d'économies, tous les emplois de nuit occupés par des femmes travaillant à temps partiel. Les femmes touchées par cette mesure pourront travailler jusqu'en automne dans les équipes de jour; par la suite, elles travailleront dans un autre service, à raison de trois heures par jour. Même s'il est possible de travailler de jour et dans ces conditions, aucune personne ne peut gagner de la sorte un revenu suffisant pour vivre, et encore moins pour faire vivre ses enfants. Pour l'instant, ni ces personnes, ni celles qui ne peuvent de toute manière travailler que la nuit, ne se sont vu offrir un travail équivalent au sein des PTT.

Les femmes concernées, chargées de travaux de tri, travaillent toutes de manière régulière depuis des années aux PTT. Elles sont soumises aux prescriptions C6 concernant le personnel des PTT (rapports de service des auxiliaires des PTT). S'agissant des délais et des formes de licenciement, des vacances et du versement du salaire en cas de maladie, les prescriptions qui s'appliquent à ces personnes ne correspondent même pas aux exigences minimales prévues par le Code des obligations.

1. Quelles sont les mesures de rationalisation et de restructuration qui ont été prévues? Dans quelle mesure les informations révélées par la presse, à savoir que les personnes touchées sont surtout des femmes non qualifiées, sont-elles exactes? Les PTT ont-ils l'intention de supprimer, d'une manière générale, les postes à temps partiel?

2. Le Conseil fédéral est-il conscient du fait que les mesures de rationalisation, qui pénalisent avant tout les femmes, constituent une violation de l'article 4 alinéa 2, de la constitution?

3. Le Conseil fédéral est-il disposé à veiller à ce que les mesures de rationalisation prévues soient examinées à la lumière de l'article 4, alinéa 2, de la constitution et que, si elles devaient se révéler anticonstitutionnelles, des actions ciblées soient menées afin de contrer leurs effets?

4. Quel est le pourcentage de femmes qui, travaillant depuis plus de trois mois aux PTT, sont soumises aux prescriptions C6? Quel est leur nombre?

5. Le Conseil fédéral est-il disposé à faire en sorte que les PTT: – édictent des dispositions en matière de travail à temps partiel qui soient conformes à la constitution et aux lois en vigueur;

– suppriment les prescriptions C6 ou du moins créent des conditions qui, en matière de droit du travail, correspondent aux normes en vigueur dans l'économie privée;

– veillent à ce que les prescriptions révisées soient appliquées de manière uniforme dans toute la Suisse.

## **Interpellation Vollmer Bundesrätliche Fernsehpolitik mit S plus**

## **Interpellation Vollmer Programme de télévision S plus. Politique du Conseil fédéral**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1993
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	16
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	93.3152
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	18.06.1993 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1444-1445
Page	
Pagina	
Ref. No	20 022 941

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.